

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 500.11 / 15.09.2011

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 18 und 39 – Finanzpolitik für Europa

Dazu sagt der Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Robert Habeck:

Unser Weg muss nach Europa führen, nicht aus Europa heraus

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

auf eines konnte man sich in der schwarz-gelben Koalition in Berlin bisher verlassen – dass CSU und FDP sich gegenseitig auf die Mütze hauen. Wenn CSU und FDP jedoch eine Allianz eingehen, dann sollten alle Alarmglocken läuten.

Es ist eine Allianz, die unheiliger kaum sein kann. Sie speist sich aus nationaler Volklore und Fünf-Prozent-Populismus. Während in der Intensivstation um das Überleben des europäischen Patienten gekämpft wird, reden die Herren Rösler und Seehofer schon mit dem Bestatter.

Was Herr Rösler und Herr Seehofer seit dem Wochenende aufführen, ist unverantwortlich und dumm. Unverantwortlich, weil die Rede über eine „geordnete Insolvenz“ Griechenlands oder gar einen Ausschluss aus der EU, eine Rede ist von etwas, das es gar nicht gibt. Dumm, weil dieses Gequatsche die Risikoaufschläge für Staatsanleihen erhöht, Preise für Kreditausfallversicherungen hochtreibt, die Märkte verunsichert, Kapital verbrennt und die Krise immer unbeherrschbarer macht.

Damit hat der amtierende Bundeswirtschaftsminister der deutschen Wirtschaft einen direkten Schaden zugefügt. Herr Rösler wollte liefern – jetzt wissen wir, dass das eine Drohung war.

Deutschland agiert in der Euro-Krise, die längst zu einer Europa-Krise geworden ist, ohne Plan, Ziel und Kompass. Wie sollen die Menschen in unserem Land der Politik und dem Ziel

der europäischen Integration vertrauen, wenn Union und FDP rhetorisch gegen die „Faulpelze“ in Südeuropa mobil machen, wenn Herr Koppelin - ihr Landesvorsitzender - die GriechInnen als AlkoholikerInnen beschimpft und die europäischen Rettungsbemühungen als Drogenkonsum? Das ist unverantwortlich.

Wie soll man Deutschland vertrauen, wenn in ihm gegen die Transferunion polemisiert wird und gleichzeitig die EZB genötigt wird, Staatsanleihen aufzukaufen – ein klarer Verstoß gegen ihre eigentliche Aufgabe - statt die Banken über Bonds verbindlich mit haftbar zu machen.

Die Vergemeinschaftung der europäischen Schulden, die von FDP und CSU in Form von Eurobonds bekämpft wird, ist doch längst Realität. Und zwar eine Realität, die geschaffen wurde, weil Frau Merkel und Rainer Brüderle und der Rest der Bundesregierung am Anfang Ausmaß und Bedeutung der europäischen Finanzbeziehungen nicht verstanden haben oder verstehen wollten.

Es ist der kaum verhohlene DM-Retro-Gestus, es sind die nationalistischen Untertöne, dieses inszenierte Spiel mit Ressentiments, jene Westerwelle-Attitüde, des „man wird doch mal drüber reden dürfen“, um dann Selbstverständlichkeiten als Weisheiten zu preisen, die besonders unerträglich sind.

Denkverbote – wer wollte sie Herrn Rösler verwehren? Ich wäre froh, er würde einmal nachdenken bevor er losschwadroniert.

Die Wahrheit ist bitter: Auch eine Pleite Griechenlands würde Deutschland teuer zu stehen kommen. Die Bundesbank haftet für die Hilfskredite, dazu kommen die Verluste der EZB, die ausgeglichen werden müssten. Die SteuerzahlerInnen - wir – sind in beiden Fällen dran.

Es gibt in dieser Situation keine einfachen Rezepte. Es gibt keine sicheren Lösungen, nur Risiken. Aber weil das so ist, müssen wir uns für einen Weg entscheiden. Und dieser Weg muss nach Europa führen, nicht aus Europa heraus.

Gerade wir in Deutschland sollten das offen und laut formulieren – oder hätten es tun sollen – denn wie kaum ein anderes Land haben wir von europäischer Solidarität in der Vergangenheit profitiert und tun es noch, nicht zuletzt, weil der Euro-Markt uns nützt und unser Außenhandelsbilanzüberschuss in einem direkten Verhältnis zum Defizit anderer Länder steht.

Höchste Zeit, dass wir diese Debatte führen. Sie ist relevant für Schleswig-Holstein und in Wahrheit ist sie die Relevanteste, die wir führen können. Denn gelingt es nicht, die Schuldenkrise zu lösen, können wir alle Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung, für Wachstum und Wirtschaftsaufschwung vergessen. Die HSH Nordbank hält Staatsanleihen, eine Milliarde allein von vier Krisenstaaten. Wir müssen uns positionieren.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig und zu Recht die Beteiligung der demokratischen Institutionen eingefordert. Ich sage Institutionen, weil auch die Bundesländer dazu gehören. Aber ich will klar feststellen, dass Beteiligung in diesem Fall keine Beschlussfassung durch den Bundesrat meint.

Was man als LandespolitikerIn fordern kann und muss, ist die verbindliche und kontinuierliche Einbindung in die Pläne und den Informationsfluss der Bundesregierung, ein Informationsrecht. Ein Beschlussrecht gibt das Urteil nicht her, auch wenn es PolitikerInnen fordern, auch Grüne, auch SPD. Ich tue das nicht. Aber das heißt nicht, dass man sich in die Debat-

te nicht einmischen soll.

Das Zocken und Wetten auf Zahlungsausfälle, das schon die Bankenkrise nach Lehman ausgelöst hat, erstreckt sich jetzt auf Staaten. Staaten aber sind organisierte Gesellschaften. Was wir Finanzkrise nennen, ist in Wahrheit ein Krieg um das Primat von Politik. Es ist ein Krieg der Gesellschaften und Demokratien gegen den Angriff jenseits von demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Ethik operierender Akteure.

Und wir, die Gesellschaft, dürfen diesen Kampf nicht verlieren. Wir befinden uns in der Defensive, weil Europa blockiert ist. „Wir haben keine Wahl, wenn wir Europa nicht auseinander brechen lassen wollen“. Europa braucht ein „beherztes Zupacken und ein Paket vorausschauender, klug gewogener und unideologischer Maßnahmen, mit dem wir Europa wieder auf einen guten Weg bringen und für die Zukunft absichern.“ - Das waren Zitate von Helmut Kohl – den ich politisch nie leiden konnten, aber den ich jetzt, angesichts der Röslers und Lindners und Gauweilers und Ramsauers gerade neu schätzen lerne.

Das Problem ist nicht, OB wir europäische Solidarität wollen, sondern WIE wir sie organisieren. Dass durch die Eurobonds die Zinsen in Deutschland steigen würden, ist möglich, aber nicht zwingend. Wenn es auch nur halb stimmt, dass Wirtschaft Psychologie ist, und wenn es ganz stimmt, dass Finanzpolitik ein dynamisches System ist, dann sind statische Vorhersagen über die Zinsentwicklung schlicht nicht möglich.

Aus der Sicht der Landespolitik ist es einfacher, abzuschichten und den Kompass zu eichen: So unsicher die Zinsentwicklung, so sicher die katastrophalen Folgen bei einem Zerbrechen des Euros. Nationale Staatsanleihen und die Notoperationen der EZB müssen in einen klaren, gemeinsamen europäischen Rahmen der Finanz- und Wirtschaftspolitik überführt werden, einschließlich gemeinsamer Anleihen und eines Schuldenschnitts – in dieser Reihenfolge: Gemeinsame Politik, gemeinsame Anleihen, Umschuldung.

Europäische Solidarität bedeutet, Griechenland unter Druck zu halten und gleichzeitig zu unterstützen und seine Wirtschaft zu stimulieren. Wie wir von unserem eigenen Landeshaushalt wissen – es ist unmöglich ohne Wachstum die Schulden abzubauen. Deshalb ist Ihre Resolution, CDU und FDP, nicht falsch, aber nicht hinreichend. Wir reden über Europa, über Landesaußenpolitik - sie nur von sich selbst.

Das Wissen um den schleswig-holsteinischen Konsolidierungskurs ist übertragbar: Griechenland muss sparen, es muss seine Steuern erhöhen und es braucht weiter eine europäische Kreditlinie, um Investitionen vornehmen zu können.

Meine Damen und meine Herren, wenn es keine risikofreien Wege gibt, dann müssen wir uns entlang eines politischen Kompasses entscheiden. Und unser Weg muss nach Europa führen, nicht aus Europa heraus.
